

Grünberger Wochenblatt.

Zeitung für Stadt und Land.

Erscheint wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Inserate werden am Tage vorher bis Mittags
12 Uhr, besonders umfangreiche jedoch nur bis
Vormittags 10 Uhr angenommen.

Vierteljährlicher Abonnementspreis:
In der Expedition 50 Pf., in den Commanditen 60 Pf.,
durch den Colporteur ins Haus gebracht 60 Pf.,
bei der Post 65 Pf., durch den Briefträger oder
Landboten 90 Pf.

Insertionspreis:
für die einspaltige Petit-Beile oder deren Raum 15 Pf.,
im Reclamentheil 30 Pf.,
Beilagegebühren:
24 Marl.

Vor 25 Jahren.

Zu den Tagen vom 7. bis 9. September 1870, über die wir heute zu berichten haben, rückte die Deutsche Armee, ohne Widerstand zu finden, unter der nöthigen Vorsicht weiter auf Paris vor. Auch vor Metz und Straßburg ereignete sich nichts von Bedeutung. Der 9. September aber brachte die besagten wertvolle Katastrophe von Laon. Nachdem diese Festung capituliert hatte, zogen die deutschen Truppen in dieselbe ein. Während des Einzuges sprengten die Franzosen unter Vertragsbruch die Citadelle in die Luft, wobei 95 Mann der vierten Compagnie des Jäger-Bataillons Nr. 4 und über 400 Mobilgardisten getödtet oder verwundet wurden.

Die Sedanfeier und die Socialdemokratie.

Die von uns vertretene Ansicht, daß sich die Socialdemokratie durch die Verhöhnung des patriotischen deutschen Volkes nur selbst geschadet hat, und daß demzufolge die übrigen Parteien klug handeln, wenn sie die socialdemokratischen Führer in dieser Arbeit nicht fördern, wird am besten durch die Rede bestätigt, welche der socialdemokratische Abgeordnete Luer am Mittwoch Abend über das Thema gehalten hat: „Warum macht die Socialdemokratie die Sedanfeier nicht mit?“ Die ganze 2 1/2 stündige Rede ist eine matte und lahme Entschuldigung und Charakteristik Lebhaft die außerordentliche Verlegenheit, in die sich die Socialdemokratie durch die Schuld ihrer Führer gestürzt hat. Da wird daran erinnert, daß die Socialdemokratie ursprünglich nicht antinational, ja nicht einmal antimonarchisch (Lassalle) gewesen sei, daß sie den Krieg von 1870 als notwendig bezeichnet habe, um den europäischen Friedensstörer Napoleon zu beseitigen u. s. w. Selbst in der „Fällung“ der Emscher Depesche durch Bismarck vermochte Luer plötzlich „kein Verbrechen“ mehr zu erblicken. Warum machen nun die Socialdemokraten die Sedanfeier nicht mit? Wir finden nur eine hierauf bezügliche Stelle in dem Bericht über die Rede verzeichnet; Luer sagte: „weil die Sedanfeier keineswegs eine nationale, sondern eine Parteifeier sei.“ Nun, wir haben den Freisinnigen einträchtig neben dem Conservativen, den Centrumsmann neben dem Nationalliberalen Sedan feiern sehen. War das eine Parteifeier? Warum aber hat die socialdemokratische Presse, statt einfach nicht mitzumachen, noch obendrein die Feiern und das feiernde Volk geschmäht? Das erklärt Herr Luer nicht, er kann es nicht erklären, er kann sich nur darüber schämen, er und alle seine Freunde.

Herr Luer hatte nur einen Trumpf in Händen, und den spielte er mit gutem Glück am Schlusse seiner Rede aus: das lärmende Rufen der Cartellpresse nach dem Kampfe gegen den Umsturz durch Polizei und Staatsanwalt. Das hat Herr Luer über ein klägliches Placato seiner Rede hinweggeholfen. Er prophezeite eine Hege, schlimmer wie 1878, und dramatisirte mit der Kraft der Socialdemokratie, die auch dieser Hege gegenüber sich als siegreich erweisen werde. So hatte er — Dank der Haltung der conservativen, agrarischen, antisemitischen und national-liberalen Presse — einen guten Abgang von der Bühne und heimliche lebhaften Weisfall ein.

Wird die Rechte jetzt einsehen, daß sie es ist, welche die Socialdemokratie fördert, indem sie ihr ein neues Martyrium auferlegt wissen will? Wir fürchten: nein. Die „Nat.-Ztg.“ geht bereits so weit, ein neues Cartell und solidarisches Vorgehen gegen Socialdemokratie, Freisinn und Centrum zu verlangen, auch die Auflösung des Reichstags, falls derselbe versagt. Ebdrücker kann man allerdings den „Kampf gegen den Umsturz“ nicht führen, als dadurch, daß man ihn zugleich gegen das Centrum und den Freisinn führen will.

Aber auch im Kampfe gegen die Socialdemokratie allein muß man anders verfahren, als die Reactionäre es verlangen. Das unbesonnene Geschrei nach Zwangsmaßregeln thut's nicht, sondern die Klärung des Volkes einschließlich der Elemente, welche sich bei den Reichstagswahlen im Gefolge der socialdemokratischen Führer befinden. In der Rede des Berliner Bürgermeisters Kirchner beim Festmahle der Berliner Veteranen findet sich folgende Stelle: „... Und wenn in diesen Tagen Glieder unseres Volkes in ihren nationalen Gefühlen nachzustehen scheinen und namentlich in der letzten festlichen Zeit in einer uns schmerzenden Weise

wenigstens äußerlich mit ihren Empfindungen abseits stehen von der großen Menge des Volkes, so wollen wir doch nicht vergessen, daß auch sie unsere deutschen Brüder sind, daß auch sie in den Tagen des Kampfes treu zum Vaterlande gestanden haben, daß wir trotz aller Verirrungen stets bestrebt bleiben müssen, wozu ja die Gemeinden insbesondere berufen sind, durch Belehrung und liebevolle Fürsorge ihre Herzen wieder für die Allgemeinheit zu gewinnen.“ So spricht ein Bürger zu Bürgern. So wird man die Gefolgschaft der socialdemokratischen Hegepolitik, welche an diesem Sedantage schon sehr ins Wanken gerathen ist, wieder an die bürgerlichen Parteien angliedern und die Socialdemokratie auf friedlichem Wege entwaffnen.

Tagesereignisse.

Der Kaiser ist am Dienstag Abend wohlbehalten aus Schlessen im Neuen Palais wieder eingetroffen. Mittwoch Vormittag hat sich derselbe, nach Entgegennahme der regelmäßigen Vorträge, zur Jagd nach Rudow begeben; Abends lehrte er von dort nach dem Neuen Palais zurück. Gestern Abend begab sich der Kaiser nach Swinemünde.

Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe wird am 15. d. Mts. aus Rußland, wo er mit dem Verkauf seiner Güter beschäftigt ist, nach Berlin zurückkehren. Gestern traf derselbe in Petersburg ein. Heute sollte er in Peterhof vom Kaiser Nicolaus in Audienz empfangen werden.

Fürst Bismarck hat eine Einladung des Kaisers zu einem Festmahle, welches der letztere am 9. d. Mts. den Vertretern der Provinz Pommern giebt, aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt.

Zum Präsidenten des Reichspatentamts ist nunmehr der Wirkl. Geh. Oberregierungsrath von Huber ernannt worden.

Die von uns in voriger Nummer wieder-gegebene, die Berliner Stadtverordnetenversammlung beleidigende Inschrift in der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, welche der Berliner Wig alsbald „Kameel-Inschrift“ getauft hat, ist keine leere Erfindung. Die „Nat.-Ztg.“ stellt den Sachverhalt wie folgt dar: „Wir haben uns überzeugt, daß man vorerst weder berechtigt ist, von einem Relief, noch von einer Inschrift zu sprechen; die Sculptur, welche den oben-erwähnten Gegenstand darstellt, ist erst angefangen und kaum im Groben vorgearbeitet. Die Schriftzüge, welche jene Worte bilden, stehen in der That darauf, aber so, daß, wenn man überhaupt etwas sehen kann, man nur so viel sieht, daß es sich um keine wirklich beabsichtigte „Inschrift“, sondern um einen augenblicklichen Einfall derjenigen Persönlichkeit handelt, welche die Buchstaben eintrugte; daß diese Worte als Inschrift in Aussicht genommen wären, wie es nach dem „Vorwärts“ scheint, ist ausgeschlossen. Der Urheber der Worte mag sich erinnern haben, daß Künstlerherze solcher Art sich zahlreich in mittelalterlichen Monumentalbauten, auch in Kirchen finden und einen solchen „Wig“ beabsichtigt haben; unter den obwaltenden Verhältnissen muß dieser aber als durchaus unangebracht bezeichnet werden.“ — Dagegen erklärt der „Vorwärts“: „Die Sculptur ist fertig und die Inschrift darauf ist auch fertig. Daß die letztere nicht jedem Besucher sofort ins Auge fällt, haben wir ja schon in unserer ersten Mittheilung gesagt, indem wir darauf hinwiesen, daß, wer sie sehen wolle, ein Distanceglas mitnehmen müsse. Es ist eine wirkliche „Inschrift“, aber eine solche, an der sich die Urheber nur im Stillen erfreuen wollten und die vielleicht in ein paar hundert Jahren entdeckt werden sollte. Daß die Inschrift schon am Eröffnungstage im „Vorwärts“ stehen sollte, darauf war sie allerdings nicht berechnet.“ — Wer der Urheber dieser Inschrift ist, weiß man noch nicht. Der „Vorw.“ behauptet, daß die Bauleiter davon gewußt hätten. Das bestreitet der Baumeister der Kirche, Maurath Schwesken, in einer Zuschrift an die „Nordd. Allg. Ztg.“. Uebrigens giebt er die Thatsache selbst zu und hat auch nicht ein Wort der Mißbilligung über die in dem „Architekten-Scherz“ enthaltene Beschimpfung der Berliner Stadtverordneten. Als Schöpfer des Bildwerkes, an welchem die Inschrift angebracht ist, wird der Bildhauer Kiewetter genannt. Daß er auch der Urheber des Kameel-„Scherzes“ sei, wird

nicht behauptet. Jedenfalls handelt es sich um einen groben Unfug in einem Gotteshause, welcher ein großes Licht wirft auf den Charakter und die Gesinnung derjenigen, welche ihn verübt oder wissentlich geduldet haben. Es würde eine eigenartige Sachlage geschaffen werden, wenn die Berliner Stadtverordneten beschließen sollten, gegen die für diese Inschrift verantwortlichen Personen die Beleidigungsklage anzustellen, und wenn alsdann die Inschrift von Gerichtswegen wieder beseitigt werden müßte.

Polizeilich beschlagnahmt wurden am Mittwoch Vormittag zwei Nummern des socialdemokratischen „Vorwärts“. Veranlassung zu der Beschlagnahme hat ein Artikel in der Nummer vom 17. August cr. über die Einweihung des Kaiser Wilhelm-Denkmales und ein anderer über die Sedanfeier gegeben; in der Nummer vom 1. September der Artikel über die „Kameel-Inschrift“ in der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche und ein zweiter über die Einweihung dieser Kirche. Auf Grund einer Depesche an die Redirekte suchten die Polizeibeamten auch die Schanklocale nach den beschlagnahmten Nummern ab. Die Beschlagnahme erfolgte wegen Majestäts-Beleidigung resp. wegen Verleumdung der Erbauer der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche auf Grund eines Beschlusses des Amtsgerichts I. Der verantwortliche Redacteur Pfund wurde am Mittwoch früh um 7 Uhr aus dem Bette heraus verhaftet. — Ferner wurde an demselben Tage die socialdemokratische „Fränkische Tagespost“ in Nürnberg wegen eines Artikels über die Kaiserrede beschlagnahmt.

Der socialdemokratische „Vorwärts“ veröffentlicht einen aus dem Jahre 1888 oder 1889 herrührenden Brief des damals noch im Amte befindlichen Hofpredigers Stöcker an einen, wie das Blatt sagt, sehr bekannten Führer der conservativen Partei. In dem Briefe werden Rathschläge gegeben, wie man am besten den Fürsten Bismarck beim Kaiser in Mißcredit bringen und beseitigen könne. Der Brief ist ohne Datum und lautet der Hauptsache nach wie folgt: Will man die Bismarck'schen Intrigen seit der Waldsee-Berathung auspielen und zwar mit mehr oder weniger Gegenüberstellung von Fürst Bismarck und dem Kaiser, so verliert man das Spiel und reizt den Letzteren. Was man meines Erachtens thun kann und muß, ist Folgendes: Principiell wichtige Fragen, wie Judenfrage, Harnack, Reichstagswahl im 6. Wahlkreise, die gemiß mit einem Placato der antisocialdemokratischen Elemente schlecht, muß man, ohne Bismarck zu nennen, in allerhöchster Weise zu benutzen suchen, um dem Kaiser den Eindruck zu machen, daß er in dieser Angelegenheit nicht gut beraten ist, und ihm den Schluß auf Bismarck überlassen. Merkt der Kaiser, daß man zwischen ihm und Bismarck Zwietracht säen will, so stößt man ihn zurück. Nährt man in Dingen, wo er instinctiv auf unserer Seite steht, seine Unzufriedenheit, so stärkt man sie principiell, ohne peridlich zu reizen. Er hat kürzlich gesagt: Sechs Monate will ich den Alten verschaukeln lassen; dann regiere ich selbst. Bismarck selbst hat gemeint, daß er den Kaiser nicht in der Hand behält. Wir müssen also, ohne uns etwas zu vergeben, doch behutsam sein.

Die „Berliner Correspondenz“ schreibt: Vom Staatsrathe war zur Erleichterung der schwierigen Lage der Landwirtschaft u. a. auch die baldige Einführung der auf den östlichen Bahngeländen niedrigen Staffeltarife für Vieh für alle übrigen Landes-theile befaßt worden. Das Staatsministerium hat sich in Uebereinstimmung mit dem Staatsrathe im Interesse der Förderung der Erleichterung des Viehverkehrs für die allgemeine Einführung der auf den östlichen Bahnen bestehenden niedrigen Viehtarife entschieden. Die Durchführung der Maßregel steht zum 1. October bevor.

Das brandenburgische Provinzial-schulcollegium hat dem Antisemitismus weitgehende Concessionen gemacht. Es hat nämlich an die städtische Schuldeputation in Berlin eine Verfügung erlassen, welche das Verbot enthält, jüdische Lehrer und Lehrerinnen zum Unterricht in der Geschichte, und Literaturgeschichte zuzulassen. Zugleich wird verboten, die Zahl der jüdischen Lehrer und Lehrerinnen zu vermehren, sofern nicht die Ertheilung des jüdischen Religionsunterrichts dies erforderlich macht. Die Berliner Schuldeputation hat beschlossen, gegen

